

**Protokoll
über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 09.06.2005**

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna	PDS
Lüdtke, Hannelore	SPD
Meslien, Daniel	SPD
Nagel, Cornelia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian	CDU
Woywode, Robert	CDU

stellvertretende Mitglieder

Leppin, Patricia	Unabhängige Bürger
Marksteiner, Klaus	PDS
Schulz, Andreas	PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Jäger, Stefan
Junghans, Hermann
Vogt, Petra

Leitung: Dr. Sabine Bank

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 12. Sitzung vom 12.05.2005 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Umsetzung des SGB II
5. Bericht der Volkshochschule Schwerin über die dort geleistete Seniorenarbeit
6. Bericht der Arbeitsgruppe "Projekt Vergabe Fördermittel 2006"
7. Internationale Konferenz "Barrierefreiheit von Museen und Denkmälern"
8. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Frau Dr. Bank, 1. Stellvertreterin der Vorsitzenden, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die zunächst vorgesehene Änderung der Tagesordnung erweist sich im Verlaufe der Sitzung als nicht erforderlich, so dass gemäß Tagesordnung auf der Einladung verfahren wird.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 12. Sitzung vom 12.05.2005 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Das Protokoll wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Die Mitteilungen der Verwaltung finden sich in den nachfolgenden Tagesordnungspunkten wieder, so dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine gesonderten Ausführungen erfolgen.

Beschluss:

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 **Umsetzung des SGB II**

Bemerkungen:

Herr Jäger, stellvertretender Geschäftsführer der ARGE, schildert die gegenwärtige Situation.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist nach wie vor deutlich höher als angenommen.

Im April 2005 lag die Zahl bei 10.002 Bedarfsgemeinschaften und damit 17.000 Hilfebedürftigen. Allerdings konnte erstmals im Mai 2005 ein leichter Rückgang auf 9.892 Bedarfsgemeinschaften verzeichnet werden, wobei die Anzahl der Ein-Personen-Haushalte 60 % beträgt.

Die Arbeitslosenentwicklung im Bereich der über 25-Jährigen ist ebenfalls leicht rückläufig und beträgt nach einem Höchststand im März von 6.535 aktuell 6.088 Personen. Noch deutlicher fällt die Reduzierung bei der Jugendarbeitslosigkeit auf. Noch bis März war eine deutliche Erhöhung zu verzeichnen (1.013 Personen), im Mai hingegen sank die Zahl auf 846 Personen. Bis zum 30.04.2005 wurden 642 Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen.

Eine anonymisierte Eingliederungsvereinbarung wird dem Protokoll beigelegt.

In der ARGE sind mittlerweile 150 Mitarbeiter beschäftigt.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Jäger, dass bei der Antragsbearbeitung ein Bearbeitungsstau zu verzeichnen ist und begründet diese Situation u. a. mit Technikausfällen. Auch für die immer wieder kritisierte unzureichende telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiter der ARGE wird von Herrn Jäger um Verständnis gebeten. Die Vielzahl der Anrufe lässt keine andere Möglichkeit zu und würde bei direkter Erreichbarkeit der Mitarbeiter den Bearbeitungsrückstand vergrößern.

Fragen aus den letzten Sitzungen des Sozialausschusses zur Anrechnung von Blindengeld und Einkünften aus ehrenamtlicher Tätigkeit werden von Herrn Jäger beantwortet. Beide Leistungen sind anrechnungsfrei.

Beim Hinzuverdienst wird im Einzelfall unter Berücksichtigung der vom Gesetzgeber kürzlich verabschiedeten Freibetragsgrenzen eine Bewertung vorgenommen.

Aus aktuellem Anlass geht Herr Block, Leiter des Amtes für Soziales und Wohnen, auf die Thematik der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft näher ein. Er legt dar, dass durch den Gesetzgeber die Zahlung der Unterkunftskosten bei Unangemessenheit längstens für sechs Monate in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen vorgesehen ist (§ 22 SGB II).

Aus diesem Grund wurden zwischenzeitlich 1.700 Bedarfsgemeinschaften von der ARGE angeschrieben und auf diese Tatsache hingewiesen.

Um der damit hervorgerufenen Verunsicherung entgegenzuwirken, wird in den nächsten Tagen eine Information zu dieser Thematik erfolgen.

Die Verwaltung arbeitet mit Hochdruck an einer Lösung, die allen Interessen gerecht wird. Es gibt Überlegungen, die Wohnungsgröße (für die 1. Person 40 qm) und den Mittelwert aus dem Mietspiegel (4,50 €) als Rechenfaktoren zu Grunde zu legen und die daraus ermittelte Summe als angemessene Unterkunftskosten anzuerkennen. Für jede weitere im Haushalt lebende Person kann sich die Wohnungsgröße um bis zu 15 qm erhöhen. Für Betriebs-/Heizkosten würde ein Pauschalbetrag in Höhe von 3 € pro qm anerkannt. Für Altfälle soll eine Toleranz von 10 % vorgesehen werden. Vor einem Umzug ist in jedem Einzelfall die Zumutbarkeit, Erforderlichkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Herr Block weist ausdrücklich darauf hin, dass die von ihm genannten Werte ein erstes Arbeitsergebnis darstellen und die Zustimmung der Behördenleitung aussteht. Die endgültige Entscheidung werden die Stadtvertreter treffen müssen.

Der Befürchtung einiger Ausschussmitglieder, dass kein bzw. nicht ausreichend Wohnraum in dieser Preisklasse in Schwerin zur Verfügung steht, entkräftet die Verwaltung mit dem Ergebnis einer telefonischen Umfrage bei verschiedenen in Schwerin ansässigen Wohnungsunternehmen. Danach ist Wohnraum in dieser Preisklasse durchaus vorhanden. Die Übersicht wird dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 5 Bericht der Volkshochschule Schwerin über die dort geleistete Seniorenarbeit

Bemerkungen:

Die Leiterin der Volkshochschule, Frau Schwabe, gibt zunächst einen Überblick über die Angebote. Dabei bilden die Sprachkurse und die Ausbildung im Bereich der Schulabschlüsse die beiden Standbeine der Volkshochschule. Pro Jahr nehmen mittlerweile 150 – 170 Schüler das Angebot an, Schulabschlüsse zu erreichen.

Die Alterstruktur der Teilnehmer an Kursen der Volkshochschule liegt zwischen 40 – 55 Jahren.

Aufgabe der Volkshochschule ist es, lebensbegleitende Fortbildung anzubieten. Deshalb richtet sich ein weiterer Teil der Arbeit an Senioren. Es bestehen 14 Seniorengruppen mit jeweils 25 – 30 Personen, jede mit eigenem Programm. Der von den Senioren zu entrichtende finanzielle Beitrag ist gering; Kosten für Tagesfahrten u. ä. werden auf die Teilnehmer umgelegt. Darüber hinaus greifen die für alle Kurse geltenden Ermäßigungstatbestände.

Bei den in der Volkshochschule beschäftigten Kursleitern handelt es sich um ausgebildete Senior/trainer, ehrenamtlich und hauptamtlich Tätige.

Frau Dr. Bank schlägt vor, die Thematik der Realisierung von Schulabschlüssen als separaten Tagesordnungspunkt für eine der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses und ggf. des Jugendhilfeausschusses vorzumerken.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Bericht der Arbeitsgruppe "Projekt Vergabe Fördermittel 2006"

Bemerkungen:

Die Projektgruppe "Vergabe Fördermittel" tagte letztmalig am 19. 5. 2005. Das dort erzielte Ergebnis, das der Behördenleitung noch nicht bekannt gegeben wurde, sieht vor, den Umfang der Fördermittel 2005 im Jahr 2006 zu halten, auch unter der bereits jetzt absehbaren Entwicklung, dass einige Angebote nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Die Festschreibung wird bis 2008 angestrebt.

Herr Meslien richtet die Bitte an die Verwaltung, die Zusammensetzung der AG Fördermittel analog der in der AG Schulentwicklungsplanung vorzunehmen, um so auch den Forderungen nach Beteiligung aller Fraktionen gerecht zu werden.

Herr Rehmer gibt die im Rahmen einer Landeskonzferenz erhaltene Information weiter, dass mit dem Wegfall von Landesmitteln zu rechnen ist, so dass sich die Situation im Fördermittelbereich verschärfen wird.

Herr Prof. Dr. Dr. Klammt verweist auf die Pluralität von Angeboten im Seniorenbereich, die unter den gegebenen Umständen in Zukunft nicht mehr finanzierbar sind. Dieser Aspekt sollte in die Diskussion um die Vergabe der Fördermittel 2006 einfließen, wobei er eine größere Mitgliederzahl in der AG nicht für hilfreich hält.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 7 Internationale Konferenz "Barrierefreiheit von Museen und Denkmälern"

Bemerkungen:

Frau Brill berichtet über die Konferenz, an der Vertreter von acht europäischen Ländern beteiligt waren. Sie schätzt die Veranstaltung als sehr interessant ein, die aber für die eigene Arbeit wenig Verwertbares enthielt. Herr Schulz, der ebenfalls an der Konferenz teilgenommen hat, bestätigt die Ausführungen von Frau Brill. Unverständnis ruft bei beiden die Kritik von Herrn Rehmer zur fehlenden Information im Vorfeld der Veranstaltung hervor. Die Konferenz wurde in den Printmedien mehrmals angekündigt.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Sonstiges

Bemerkungen:

entfällt

gez. Dr. Sabine Bank

Ausschussvorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführerin